

Rückgang der Kriminalitätsfurcht

Kriminologen der Universität Tübingen haben aufgrund von drei bundesweiten Opferbefragungen festgestellt, daß die Dunkelfeldkriminalität zwischen 1991 und 1995 insgesamt nicht gravierend zugenommen hat. Die Kriminalitätsfurcht ist in den letzten beiden Jahren vor allem in den neuen Bundesländern zurückgegangen. Nach der Wende war sie dort stark angestiegen.

Klaus Boers / Hans-Jürgen Kerner / Peter Kurz

Wenn man das offizielle Kriminalitätsbild betrachtet, wie es sich im wesentlichen aufgrund von Anzeigen aus der polizeilichen Kriminalstatistik ergibt, dann ist in Westdeutschland die Kriminalität nach dem Fall der Mauer, also zwischen 1990 und 1993, angestiegen und 1994, vor allem aufgrund eines Rückgangs bei den nichtdeutschen Tätern, zurückgegangen. In Ostdeutschland ist die Polizeistatistik wegen der Umorganisation des polizeilichen Meldesystems erst ab 1993 verlässlich. Danach lagen in den Jahren 1993 und 1994 die Raten für schweren Diebstahl (dazu zählen vor allem der Fahrraddiebstahl und Autoaufbruch) und Raub in Ostdeutschland etwas höher, die übrige Gewaltkriminalität jedoch niedriger als im Westen.

Insgesamt dominieren in der polizeilichen Kriminalstatistik mit knapp 80% die Eigentums- und Vermögensdelikte, vor allem der Diebstahl von Autoteilen, Laden- und Fahrraddiebstahl. Gewaltdelikte machten (leichte Körperverletzung nicht mitgerechnet) nur 2,4% der gesamten registrierten Kriminalität aus.

Ein Vergleich der Opferprävalenzraten (also der prozentualen Anteile der Opfer in repräsentativen Stichproben¹⁾ ergibt, daß in Ostdeutschland die Eigentums-

und Gewaltkriminalität nach der Wende im November 1989 erheblich zugenommen und bereits im Frühjahr 1991 das gleiche Niveau wie im Westen erreicht hat (Kury et al. 1992). Bis 1993 blieben die Opferprävalenzraten in Ost- und Westdeutschland weitgehend stabil. Zwischen 1993 und 1995 sind in beiden Landesteilen insgesamt geringfügige Steigerungen im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte (v.a. Diebstahl am/aus dem Auto und Autosachbeschädigung), sowie bei Bedrohung und sexueller Belästigung zu beobachten. Insgesamt waren im Sommer 1995 34% Ostdeutsche und 31% Westdeutsche in den vorangegangenen 18 Monaten Opfer einer Straftat geworden; 23% bzw. 21% waren von Eigentumsdelikten betroffen. Am häufigsten wurden Autosachbeschädigung (14% Ost; 11% West), Fahrraddiebstahl (je 9%), Betrug (7%;5%), Bedrohung (ohne Tötlichkeiten)(9%;7%) und sexuelle Belästigung (6%;7%) genannt.

Die Opferraten für schwere Straftaten fielen wesentlich geringer aus: je rund 2% der Befragten berichteten, Opfer von Wohnungseinbruch, Körperverletzung (in der Mehrzahl ohne Waffen) oder Raub (einschl. Entreißen von Handtaschen) geworden zu sein. Bei diesen Delikten gab es, mit Ausnah-

me des Wohnungseinbruchs, der im Westen 1995 häufiger als 1993 berichtet wurde, keine relevanten Veränderungen. Weniger als 1% der befragten Frauen waren 1995 (wie schon in den beiden Befragungen aus 1991 und 1993) Opfer einer sexuellen Nötigung oder Vergewaltigung geworden.

Die Kriminalitätsfurcht wurde anhand der Frage bestimmt, inwieweit man darüber beunruhigt ist, abends im eigenen Wohnviertel Opfer von Gewalt- oder Sexualtaten oder Wohnungseinbruch zu werden. Es geht also um die persönliche Betroffenheit im sozialen Nahbereich.

Die Kriminalitätsfurcht hatte nach der Wende bis zum Frühjahr 1991 vor allem in Ostdeutschland erheblich zugenommen und war – bei gleichen Opferraten – teilweise doppelt so hoch wie im Westen. Sie ist dort zwischen 1991 und 1993 insgesamt nicht mehr angestiegen und im Sommer 1995 in Richtung auf das Westniveau zurückgegangen. Gegenüber der anfänglich großen, im wesentlichen umbruchsbedingten Verunsicherung – wozu auch die bis dahin ungewohnte Kriminalitätsberichterstattung in den Massenmedien beigetragen haben mag (Boers 1994) – kommen nun, über 5 Jahre nach der Wende, ersichtlich Relativierungs- und Anpassungsprozesse zum Tragen.

Der anfängliche Anstieg der Kriminalitätsfurcht war vor allem in ostdeutschen Großstädten erfolgt. Dort haben sich zwischenzeitlich unterschiedliche Entwicklungen ergeben: Während die Kriminalitätsfurcht 1991 vor allem in den ostdeutschen Metropolen Ostberlin, Leipzig und Dresden zugenommen hatte, war sie dort 1993 zurückgegangen und hat sich dann bis 1995 nicht mehr verändert. Demgegenüber ist es zwischen 1991 und 1993 in den kleineren ostdeutschen Großstädten mit bis zu 500.000 Einwohnern zu einer erheblichen Zunahme gekommen; die Furchtraten sind inzwischen auch hier zurückgegangen, liegen aber 1995 immer noch höher als in den Metropolen.

In Westdeutschland hatte sich die Kriminalitätsfurcht am Ende der 80er Jahre erheblich verringert. 1993 wurde dann wieder das

höhere Niveau von Mitte der achtziger Jahre erreicht. Bis zum Sommer 1995 haben sich im wesentlichen keine Änderungen mehr ergeben.

Die Kriminalitätsfurcht ist allgemein in Großstädten höher als in kleineren Städten und Gemeinden (mit der besagten Ausnahme, daß in Ostdeutschland in den Metropolen die Furchtraten geringer sind als in den kleineren Großstädten).

Bei Gewaltdelikten stellen die größte Opfergruppe junge Männer dar, die auf der anderen Seite am häufigsten auch zu den Tätern gehören (Boers, Class, Kurz 1994). Sie äußern jedoch die geringste Kriminalitätsfurcht. Frauen sind in Ost- wie Westdeutschland rund zweimal mehr als Männer über Raub, Körperverletzung oder Wohnungseinbruch verunsichert. Zumal vor allem ältere Frauen sehr beunruhigt sind, obwohl sie am seltensten Opfer solcher Delikte werden. Diese Differenz zwischen Viktimisierungsrisiko und Kriminalitätsfurcht, die in der Literatur als Kriminalitätsfurcht-Paradox bezeichnet wird, konnte in fast allen Studien über Kriminalitätsfurcht und Opferwerdung beobachtet werden (Boers 1995). Dies gilt freilich nur für die Furcht vor Gewaltdelikten, bei Sexualdelikten äußert hingegen diejenige Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Viktimisierungsrisiko auch die größte Furcht, Opfer eines dieser Delikte zu werden, die jungen Frauen.

Sich vor der Kriminalität zu fürchten muß also nicht bedeuten, daß man auch tatsächlich damit rechnet, Opfer einer Straftat zu werden. Denn sowohl das konkrete Opferrisiko als auch die Risikoeinschätzung der Befragten sind erheblich niedriger als die geäußerte Kriminalitätsfurcht.

Im Sommer 1995 waren durchschnittlich 15% der ostdeutschen und 11% der westdeutschen Großstadtbewohner *sehr* beunruhigt, daß sie persönlich abends in ihrem Wohnviertel Opfer einer Bedrohung, Körperverletzung, eines Raubes oder Wohnungseinbruchs werden könnten (40% bzw. 25% waren *ziemlich* beunruhigt). Landesweit waren durchschnittlich 11% im Osten und 7% im Westen

Günter Tondorf (Hrsg.)

Staatsdienst und Ethik

Korruption in Deutschland

Unbestechlichkeit und Uneigennützigkeit sind die ethische Grundlage des Berufsbeamten-tums; der Verstoß gegen diese Pflichten wird disziplinar- und strafrechtlich schärfstens geahndet. Ist Unbestechlichkeit aber auch Pflicht von Politikern, von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten? *Bernhard Haffke* hat die jüngsten Bestechungsskandale zum Anlaß genommen, die geltende Rechtslage detailliert zu beschreiben und kritisch zu durchleuchten.

Hans Liskan definiert und skizziert den Begriff und die modernen Erscheinungsformen der Korruption. Er fragt, ob die herkömmliche »Bekämpfung« der Korruption überhaupt noch erfolgreich sein kann und soll, oder ob nicht die »Privatisierung« des Staatsbetriebes unter weitgehender Nutzung des wirtschaftlichen Vorteilsstrebens sachlogisch näherliegt.

Heinrich Oberreuter empfiehlt Zurückhaltung beim Gebrauch moralischer Postulate gegenüber der Politik. Über die Grundwerte hinaus läßt sich politisches Handeln nicht verpflichten, aber es darf auch nicht hinter sie zurückfallen.

Norbert Rütther entwickelt für den einzelnen politischen Entscheidungsträger ein Modell unterschiedlicher Loyalitäten. Dieses Loyalitätsmodell prüft er dann auf seine Wirkung für ethisches Handeln.

1995, 64 S., brosch., 28,- DM, 207,50 öS, 28,- sFr; ISBN 3-7890-3865-2 (Schriftenreihe Deutsche Strafver-teidiger e.V., Bd. 7)



wegen dieser Delikte *sehr* beunruhigt (30% Ost und 19% West *ziemlich* beunruhigt). Im Westen wie Osten hielten es hingegen nur maximal bis zu 8% der Großstädter für *sehr* wahrscheinlich, daß ihnen so etwas tatsächlich passieren könnte.

Von den in Großstädten befragten Frauen waren 20% im Osten (landesweit 12%) sowie 13% im Westen (landesweit: 9%) über eine Vergewaltigung *sehr* beunruhigt (25% Ost und 19% West waren *ziemlich* beunruhigt). Daß sie tatsächlich vergewaltigt werden könnten, hielten in Ost- und Westdeutschland nur je rund 5% der Frauen für *sehr* wahrscheinlich (rund 15% für *ziemlich* wahr-scheinlich).

Beunruhigung über soziale und politische Probleme

Die Beunruhigung über die Entwicklung im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich war, wie schon 1991 und 1993, auch 1995 weit stärker ausgeprägt als die auf die eigene Person und das Wohnviertel bezogene Kriminalitätsfurcht. Dies gilt auch für Kriminalitätsphänomene, die nicht als persönliche Bedrohung, sondern vielmehr als staatliches oder gesellschaftliches Problem angesehen werden, wie z.B. die organisierte Kriminalität, die Korruption oder die allgemeine Kriminalitätsentwicklung.

Im Sommer 1995 waren im Osten wie im Westen die Befragten am stärksten über die Organisierte Kriminalität, im Osten zusätzlich über die Arbeitslosigkeit beunruhigt (je rund 60% *sehr* beunruhigt). Sodann gaben in Ostdeutschland »Aggressivität und Gewalt in der Gesellschaft«, die »allgemeine Kriminalitätsentwicklung« sowie der »Rechtsextremismus« Anlaß zur Beunruhigung (44% bis 55% *sehr* beunruhigt); in Westdeutschland folgten »Umweltprobleme«, »Aggressivität und Gewalt« sowie der »Rechtsradikalismus« (37% – 44% *sehr* beunruhigt). Insgesamt ist zwischen 1993 und 1995 die Beunruhigung über soziale Probleme in den neuen Bundesländern leicht zurückgegangen, während im Westen hin-

sichtlich der Umweltprobleme und der »Arbeitslosigkeit« eine Zunahme zu verzeichnen ist. Weniger beunruhigt waren die Befragten in den alten Bundesländern hingegen über »Aggressivität und Gewalt in der Gesellschaft« (38% 1995; 51% 1993), »Korruption« (27%; 35%) und den »Zuzug von Asylbewerbern« (21%; 30%). Generell zeigt sich, daß die ostdeutschen Befragten im gesamten Untersuchungszeitraum über soziale Probleme stärker als westdeutsche beunruhigt sind.

Die Forscher stützen sich auf drei Untersuchungen² (1991 in den neuen Bundesländern n=2011; 1993 alte und neue Bundesländer n=6035 und neue Bundesländer n=3209), die sich im weiteren noch auf die Bereiche: Bewältigung des sozialen Umbruchs; autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen; Fähigkeiten, mit gewaltsamen Situationen umzugehen; Wahrnehmung sozialer Desorganisation im Wohnviertel; Veränderungen in den familiären und sozialen Netzwerken erstrecken.

Dr. Klaus Boers ist Akademischer Rat am Institut für Kriminologie der Universität Tübingen; zur Zeit bei einem Forschungsaufenthalt an der University of Colorado in Boulder.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner ist Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen, Präsident der Société Internationale de Criminologie und Vorsitzender der DBH (Deutsche Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe).

Peter Kurz, M.A. ist Soziologe und Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminologie der Universität Tübingen.

Literatur:

- Boers K. 1994. Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im sozialen Umbruch. Über offizielle Kriminalitätsdaten, Kriminalitätsfurcht – und wie beides kriminalpolitisch benutzt wird, in: Neue Kriminalpolitik 2, S. 27 ff.
- Boers K. 1995. Kriminalitätseinstellungen und Opfererfahrungen, in: Kaiser, G.; Jehle, J.-M. (Hrsg.).

Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband 2: Verbrechensfurcht und Opferwerdung, Heidelberg, S. 3 ff.

Boers K.; Class M.; Kurz P. 1994. Self-reported delinquency in Germany after the reunification, in: Junger-Tas J.; Terlouw G.-J.; Klein M.W. (Eds.): Delinquent behavior among young people in the western world. First results of the International Self-Reported-Delinquency Study. Amstelveen, S. 343 ff.

Kury H., Dörmann U., Richter H., Würger M. 1992. Opfererfahrungen und Meinungen zur inneren Sicherheit in Deutschland. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Anmerkungen:

- Im Rahmen dieser Opferbefragungen, d. h. von Berichten der Bevölkerung Angehörigen, wie oft sie in einem bestimmten Zeitraum Opfer einer Straftat wurden (Referenzperiode), wurden wie üblich auch Delikte erfaßt, die der Polizei nicht gemeldet wurden. Allerdings werden bei diesen persönlichen Opferbefragungen solche Delikte im Dunkelfeld nicht berücksichtigt, die sich gegen Firmen und Institutionen oder die Allgemeinheit richten (z.B. Ladendiebstahl, Diebstahl am Arbeitsplatz, Umwelt- und Wirtschaftskriminalität, Korruption).
- Die beiden Bevölkerungsbefragungen sind Teil eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Kooperationsprojektes, im Frühjahr 1991 in den neuen Bundesländern und im Sommer 1993 in den alten und neuen Bundesländern, von Kriminologen der Humboldt-Universität Berlin sowie der Universitäten Hamburg und Tübingen. Die dritte Befragung, ebenfalls von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt, im Sommer 1995 in den alten und neuen Bundesländern, wurde von Kriminologen der Universität Tübingen durchgeführt. Die Feldarbeiten der drei Befragungen wurden von GFM-GETAS in Hamburg und ZUMA in Mannheim übernommen.